

„Förderung ist unentbehrlich“

Die Energiewende kommt. Unweigerlich. Und eine ihrer tragenden Säulen sind die Kommunen, sagt der Saarbrücker Wirtschaftswissenschaftler Uwe Leprich. Allerdings müssen Städte und Gemeinden dafür viel investieren.

Herr Professor, der Begriff „Energiewende“ ist so allgegenwärtig, dass viele gar nicht mehr genau wissen, was er umfasst. Können Sie ihn in wenigen Sätzen erklären?

Eine Energiewende für Deutschland bedeutet die radikale Abkehr vom bisherigen zentralistischen Großverbundsystem der Kern- und Kohlekraftwerke und eine Entmachtung der dominierenden Energiekonzerne. Außerdem eine starke Dezentralisierung der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien wie Wind, Sonne und Biomasse sowie mit Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Strom und Wärme werden hocheffizient in Verbrauchernähe erzeugt – mitunter sogar im eigenen Keller.

Welche Rolle spielen die Kommunen?

Allein durch die Dezentralisierung der Energiebereitstellung rücken Kommunen und Stadtwerke weiter in den Mittelpunkt des Energiesystems. In den vergangenen Jahren waren die Stadtwerke vor allem mit der Liberalisierung der Energiemärkte beschäftigt und haben darüber die Energiewende vernachlässigt. Seit einiger Zeit jedoch haben viele Stadtwerke die erneuerbaren Energien entdeckt und errichten EEG-geförderte Anlagen. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung, früher ein Aushängeschild der Stadtwerke, hat unter den Folgen der Liberalisierung gelitten und macht erst seit der jüngsten Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes wieder Boden gut.

Und woran hapert es bei den kommunalen Unternehmen?

Ihr blinder Fleck ist nach wie vor die Energieeffizienz, zu deren Verbesserung Stadtwerke bislang sehr wenig beigetragen haben. Eine Einsparverpflichtung für Energielieferanten oder Netzbetreiber, wie sie etwa in Großbritannien und Dänemark eingeführt wurde, könnte helfen, die Stadtwerke zu Energiedienstleistungsunternehmen weiterzuentwickeln.

Entwickeln heißt aber immer auch, Geld in die Hand zu nehmen. Wie sollen die Kommunen einen großen Beitrag zur Energiewende leisten, wenn sie notorisch klamm sind?

Dazu sollte man zwei Dinge unterscheiden: Zum einen müssen die Städte und Gemeinden ihre Gebäude nach Energiesparaspekten sanieren – diese Investition lohnt sich wie keine andere und sollte grundsätzlich für alle finanzierbar sein. Daneben steht allerdings ganz oben auf der energiepolitischen Agenda der Städte und Gemeinden die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung als wesentliche Voraussetzung dafür, dass der Ausbau der kommunalen Kraft-Wärme-Kopplung vorankommt. Und das muss der Bund mitbezahlen. Hier wäre ein Teil der Erlöse aus der Auktionierung der CO₂-Zertifikate besser aufgehoben als wie bisher geplant bei der Förderung der Elektromobilität oder bei anderen Industriesubventionen.



ZUR PERSON

Professor Dr. Uwe Leprich ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Zukunftsenergiesysteme (IZES) in Saarbrücken und lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Seine Spezialgebiete sind unter anderem nationale und internationale Energie- und Klimapolitik sowie nachhaltige Unternehmensstrategien. Der Volkswirt gehörte 2001 und 2002 der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung“ des Deutschen Bundestages an.

Die KfW hat sich der Förderung der Energiewende verschrieben. Wie wichtig sind solchen öffentlichen Hilfen?

Vor allem die motivierende Wirkung ist nicht zu unterschätzen, da die wenigsten Anleger streng rational agieren. Förderung ist für viele kleine und mittlere Investoren ein Prädikatssiegel des Staates, das ihnen bescheinigt, im Sinne der Allgemeinheit zu handeln. So gesehen, ist eine gezielte öffentliche Förderung von Energiewendeprojekten unentbehrlich. ■